

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der Lübecker Volksbote erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postgebühren Nr. 4069 u. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Besammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12.

Sonntag, den 14. Januar 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)
Berlin, den 12. Januar.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag hat heute die erste Beratung der neuen Militärvorlage begonnen, nach vierstündiger Dauer wurde die Sitzung vertagt und der Präsident sprach am Schlusse die Hoffnung aus; daß die Debatte morgen zu Ende geführt werde. Das Schicksal der Vorlage ist ja auch im Großen und Ganzen schon besiegelt. Trotzdem auch das Centrum sich die Entscheidung bis zur Kommission vorbehalten wird, so steht doch schon heute fest, daß so viel Centrumsabgeordnete für die Heeresvermehrung stimmen werden, als notwendig sind, um sie mit Hilfe der Konservativen, der Nationalliberalen, der Rickert'schen Freisinnigen und der Antisemiten der Regierung auf dem Präsentirteller darzubringen. Wozu also große Aufregung, wozu allzuviel Reden? Die meisten Redner werden sich kurz fassen, nur Rebel wird dem allgemeinen Resignationsgefühl keine Konzessionen machen und morgen gewiß zu einem kräftigen Schlage ausholen. Hilft es auch im Reichstage nichts, im Lande wird das Bild des Alles verzehrenden Militär-Molochs schon den gewünschten Erfolg zeitigen. Jeder neue Soldat, der gefordert und von den herrschenden Klassen bewilligt wird, verstärkt nicht nur das Reichsheer, sondern auch die sozialdemokratische Armee, die schließlich doch aus dem Wettkampfe der beiden als Siegerin hervorgehen wird.

Die Vorlage wurde vom Kriegsminister mit einer sogenannten Begründung eingeleitet. Herr v. Soltikow sieht sich als Herr der Situation und strengte sich nicht allzu sehr an, die Annahme der Vorlage den Reichstags-Abgeordneten mit guten Gedanken und Gründen plausibel zu machen. Er sprach in recht unehelicher Weise und wiederholte eigentlich nur, was wohl unter seiner Mitwirkung den Mitgliedern des Hauses als gedruckte Begründung der Vorlage zugänglich gemacht ist. Auch vom Abrüstungsmanifest des Jaren sprach der Kriegsminister. Indem er sich nun vornehmlich auf den Standpunkt stellte, daß die Regierung nur sehr wenig fordere, nicht mehr als durch die Verkürzung der dreijährigen Dienstzeit sich als notwendig erwiesen habe, verwertete er das Jarenmanifest für die Vorlage. Denn so argumentierte der Chef unserer Heeresverwaltung, wäre die Weltlage nicht in Folge des Jarenmanifestes so eminent friedlich, die Militärvorlage würde ganz anders aussehen müssen.

Der erste Redner aus dem Hause war Eugen Richter. Wie immer, wenn er auf verlorenem Posten steht, sprach dieser Redner auch diesmal matt. Es soll aber trotzdem zugegeben werden, daß er auch einige recht wirksame Stellen seinen Ausführungen einverleibt hat. Es sind dahin seine treffenden satyrischen Bemerkungen über die Minderwertigkeit der Kavallerie, die Abkommandierungen und besonders über die Finanzlage zu rechnen. Richter kündigte übrigens einen Antrag auf eine gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit an, der aber ebenso aussichtslos ist wie die Bekämpfung der Militärvorlage selbst. Auf Richter folgte König Stumm, dem der Präsident nicht den Gefallen gethan hatte, ihn hinter Rebel zu Wort kommen zu lassen. Ohne die Sozialdemokratie zu bekämpfen, kann der Scharfmacher nicht reden und so wurde er bald so uninteressant, daß ihm nicht einmal seine engeren Parteifreunde mehr aufmerksam zuhörten. Der phänomenale Witz über den Abrüstungsvorschlag des Jaren dürfte nicht einmal seinem Denkerhirn entsprungen sein. Oder irren wir uns etwa? Meinte Herr von Stumm diesen Unstun ernst? Auch das ist ja möglich. Bekter Redner war der konservative Herr von Levetzow, der ein Loblied auf den beschränkten Unterthanenverband in Militaribus sang und alle Entscheidung der hochwohlweisen Regierung überlassen wissen wollte.

9. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Soltikow, Freiherr von Thielmann.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt Lieber (L.) zu der gekriegenen Anweisung des Abg. Ehlinger, er habe vor Weihnachten kein warmes Herz für die Landwirtschaft gehabt; davon kann keine Rede sein, wie der stenographische Bericht der betr. Sitzung beweist. Wenn Herr Ehlinger weiter gesagt hat, ich hätte vielleicht jetzt, nachdem ich die Stellung der Regierung kennen gelernt habe, meine Meinung geändert, so habe ich keine

Veranlassung, in diesem hohen Hause auf einem solchen Ton, der wohl in Beratungen des Bayerischen Bauernbundes paßt, einzugehen. (Bravo! im Centrum.)

Das Haus tritt sodann in die Beratung der Militärvorlage ein.

Kriegsminister v. Soltikow: Wir sind bei der Festlegung der Friedenspräsenzstärke von 73-jährigen zu 73-jährigen übergegangen. Die jetzige Vorlage kommt den Wünschen des Hauses noch weiter entgegen, indem sie erstens ein bestimmtes Ziel festsetzt, bis zu dem die Heeresstärke vermehrt werden, und das eine jährliche Vermehrung des Budgets durch den Reichstag stattfinden soll. Veranlaßt ist dieser Systemwechsel vor Allem durch das Friedensmanifest des Jaren, das uns die Sicherheit giebt, daß wir für absehbarer Zeit von dieser Seite her einen Angriff nicht zu erwarten haben. Freilich kann auch der Wille des mächtigsten Monarchen die Existenzbedingungen einer großen Nation nicht ändern. Ich weiß auch keine Stelle der Erde, an der die Rüstungen eingehalt sind. Auch wir sind zu neuen Forderungen gezwungen, wir sind aber bestrebt gewesen, überall möglichst zu sparen. Die verfloßene Periode hat uns in den Kriegen zwischen Japan und China, zwischen Griechenland und der Türkei, zwischen Amerika und Spanien eine Reihe erhellender Lehren gebracht. Man kann die Fortschritte der Technik im Kriege nicht zur Geltung bringen, wenn man sie im Frieden nicht vorher schon sorgsam benützt hat. Wie bereiten uns auf den Krieg durch sorgfames Studium vor, und wie haben erreicht, daß uns der Frieden erhalten geblieben ist. Nunmehr will ich zu den Einzelheiten übergehen. Ein großes Werk nach einer handlichen Wiederholung haben Einige unserer Armeekorps (sie) bedeutend zu groß geworden, und wir deshalb in Friedenszeiten neue Armeekorps formiren, die wir im Kriegsfalle ohnehin anstellen müßten. Bei der Infanterie haben wir, abgesehen von einem neu zu bildenden Bataillon, auf Reformationen verzichten müssen. Bei der Kavallerie ist dagegen für das preussische Kontingent eine Vermehrung von drei Regimentern vorgesehen. In theoretische Erörterungen über die Bedeutung der Kavallerie in einem künftigen Kriege will ich mich nicht einlassen. Die wichtigste Organisationsänderung betrifft die Feldartillerie. Der Reichstag hat die Reorganisation derselben bewilligt und nun entspricht die bisherige Organisation in keiner Weise dem vervollkommenen Material, mit dem die Feldartillerie in Zukunft operiren soll. Bei der Feldartillerie, dem Bismarck und dem Train sind nur geringe Veränderungen vorgesehen. Was nun die zweijährige Dienstzeit betrifft, so sind die bisherigen Erfahrungen keine ausreißend. Wir verlassen die Vorlesung durchaus nicht. Der Wegfall unfähiger Elemente des dritten Jahrganges ist ein solcher, ein weiterer besteht in der frühzeitigen Einstellung der Rekruten. Früher war indeed der dritte Jahrgang die beste Hilfe für den inneren Dienst, jetzt müssen wir uns mit Kräften aus dem zweiten Jahrgang begnügen. Inwieweit das Ausbildungspersonal ausreicht, dafür liegen Erfahrungen noch nicht genügend vor. Wenn jetzt der Versuch gelingt, Freiwillige unter günstigen Umständen vorzubereiten bei der Fahne zu halten, so schwinden die Nachteile. Sont wird gesetzlich eine Quote festgelegt werden müssen, die über das zweite Jahr hinaus der Armee erhalten bleibt. Noch eine sehr ernste Frage muß ich berühren. In den letzten 15 Jahren haben wir ein Mehr von 125 Proz. resp. 141 Proz. an Rekruten einstellen müssen, die 2-5 resp. 8-10 Mal vorbestraft waren. Das giebt zu schwerem Bedenken Anlaß. Ich bitte, die Vorlage einer Kommission zu überweisen. Ich will an den Beratungen gerne theilnehmen und bin überzeugt, daß das, was der Reichstag beschließen wird, zum Wohle Deutschlands und der Armee ausschlagen wird. (Beif. Beif. rechts.)

Richter (heiß. Soltikow): Der Herr Kriegsminister hat bei Erwähnung der Vorlesung die Detailirung unterlassen. Es können da sehr geringfügige Strafen die Hauptzahl ausmachen. — Der Kriegsminister hat das einjährige Bewilligungsrecht des Reichstages als ein Entgegenkommen bezeichnet, aber der Fortschritt besteht nur darin, daß wir das Recht und die Verpflichtung haben, die Friedensstärke in jedem Jahre zu erhöhen und nicht das Recht, sie zu vermindern. (Sehr gut links.) Was die Feldartillerie betrifft, deren Vermehrung den Schwerpunkt der Vorlage bildet, so ist grade von militärischer Seite früher betont worden, daß die Einführung der neuen Geschütze eine Verminderung der Geschützanzahl bei veränderter Organisation herbeiführen werde. Der frühere Kriegsminister von Ramede hat diesen Standpunkt vertreten. Ja, man kann manchmal von den Offizieren etwas lernen, was man nachher hier verwerten kann. (Heiterkeit links.) Was die Kavallerie anlangt, so haben wir bereits eine stärkere Kavallerie als Frankreich, während die Kavallerie z. B. zu Afrika nicht mehr zu verwenden ist. Freilich der Reitermann ist von einer gewissen Poésie umflossen und ich kann mir die Liebhaberei hoher Herren ganz gut erklären, im Manöver Kavallerie-Aufmärsche zu veranstalten. (Sehr gut und Heiterkeit links.) Im Ernstfall werden sie das schon bleiben lassen. (Heiterkeit links.) Was die Abkommandierungen betrifft, so sollten 1893 die neuen Halb-Bataillone den übrigen Bataillonen diese Last abnehmen. Jetzt, wo wir die Vollbataillone haben, erscheint wieder in der Begründung der Hinweis auf die Last der Abkommandierungen für den zweiten Jahrgang. In der deutschen Armee dienen etwa 1000 Unteroffiziere und 4000 Mann dem Vaterlande in der Küche. (Heiterkeit.) Der Artikel des „Milit. Wochenblatt“, dem ich diese Berechnung entnehme, weist darauf hin, daß der Küchendienst Frauen übertragbar werden solle, unter Leitung eines alten invaliden Unteroffiziers. (Große Heiterkeit.) Vom Kapitel des Burschendienstes will ich nicht ausführlich sprechen. Es giebt etwa 30 000 Burschen in der Armee. (Hört! hört! links.) Ich meine, wir sollten von einer Erhöhung der Präsenzstärke auch nur um ein Bataillon so lange Abstand nehmen, als uns nicht eine Untersuchung der Abkommandierung von Soldaten zu ökonomischen Zwecken und zum Burschendienst, deren Umfang sicherlich eingeschränkt werden kann, vorliegt. Mehrangaben, die dadurch entstehen, werden wir nie widersprechen. Soviel über die Einzelheiten. Sind nun allgemeine Gründe für die Vermehrung der Präsenzstärke um 26 000 Mann vorhanden? In Deutschland ist die Friedenspräsenz im Jahre 1893 etwa um

70 000 Mann erhöht worden. Während Frankreichs Aushebungskontingent bereits an der Grenze angelangt ist, könnte Rußland seine Aushebungsziffer noch gewaltig vergrößern. Aber haben wir denn ein Interesse daran, diese Straube ohne Ende in Bewegung zu setzen? Rußland braucht seine Kräfte für die Bestrebungen in Asien, nicht gegen europäische Gegner, wie das Jarenmanifest beweist. Und wir haben alle Veranlassung, nicht noch mehr Rekruten einzustellen; denn schon jetzt hat man mit Rücksicht auf die Engherzigkeit der Militärpraxis auf die Qualität herabsehen müssen. Die von dem Herrn Kriegsminister erwähnte Quote, die für eine jährliche Dienstzeit zurückgehalten werden sollte, würde eine allgemeine Unsicherheit hervorrufen, denn jeder Einberufene könnte ja zu dieser Quote gehören. Ich behalte mir noch einen Antrag vor, betreffs der gesetzlichen definitiven Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Gerade jetzt, bei dem allgemeinen Aufschwung der Industrie, ist der angeregteste Moment, um 26 000 Männer der produktiven Arbeit zu entziehen, an deren Stelle man Polen und Italiener heranziehen möchte. (Sehr richtig links.) Auch die finanzielle Unterlage fehlt. Herr von Thielmann räumt sich, 9 Millionen von den Forderungen abgezogen zu haben. Das hat er offenbar nur gethan, um seine Taktischnotwendigkeit zu beweisen. (Heiterkeit.) Mikael hat gesagt, daß nur die Staaten prosperiren können, deren Budget so wenig wie möglich durch dauernde Ausgaben belastet sei. Selber läßt er sich hier nie blicken. (Große Heiterkeit.) So gestatten Sie mir denn, daß ich Sie an Stelle des Herrn von Mikael jene Worte zu beherzigen bitte. (Beif. Beifall links.)

Frh. v. Stumm: Gegen die allgemeine Begründung der Vorlage seitens des Herrn Kriegsministers hat der Abg. Richter so gut wie gar nichts vorgebracht. Die neue Vorlage ist die notwendige Konsequenz der Organisation, die man 1893 mit der verführten Dienstzeit geschaffen hat. Der Abrüstungsvorschlag ist gut gemeint, aber sehr schwierig durchzuführen. Aber geht den Fall, es käme zu einem Abkommen, daß alle Staaten einen gewissen Prozentsatz ihrer Rüstungen einstellten, gäbe es dann eine bessere Begründung für die Vorlage als dieses Manifest? Denn wird prozentual die Rüstung vermindert, dann kommt doch der Staat am besten weg, der in den Rüstungen am weitesten vorgegriffen ist. (Stürmische Heiterkeit links.) Wenn nun auch von Rußland keine Gefahr droht, so besteht doch in Frankreich immer eine Kriegsgefahr. Gerade die Herren von der Linken sollten diesmal für die Vorlage eintreten, da die Vermehrung des Rekrutenkontingents die Chancen für die Aufrechterhaltung der zweijährigen Dienstzeit wesentlich vergrößert. 1893 hat Richter ein noch viel schrecklicheres Bild von den Folgen der Heeresvermehrung entworfen. Und doch hat sich der Nationalwohlstand in den letzten Jahren sehr vermehrt. Es wird behauptet, die zwei Milliarden Schulden seien unproduktiv ausgegeben worden. Ich behaupte, es giebt gar keine produktivere Anlage als die Ausgaben für die Armee, die unsere Erwerbstätigkeit schützt. (Widerstand links. Zustimmung rechts.) Redner appellirt an das Centrum, nicht immer von den Forderungen der Regierung abzuharren. Diese schismatische Gemohnheit hätte die Folge, daß die Regierung immer vorschlagen müsse. (Heiterkeit links.) Er und seine Freunde würden vorbehaltlich ewiger Einzelheiten für die Vorlage stimmen. (Beifall links.)

v. Levetzow (L.): Welche Mittel notwendig sind, um das Vaterland gegen Angriffe von außen zu schützen, das hat allein die Regierung zu entscheiden. (Heiterkeit links.) Denn nach einem unglücklichen Kriege richtet sich der Volkswille allein gegen sie, sie hat die alleinige Verantwortung. In der Kommission werden wir jedenfalls über die allerdings teilweise vorhandenen Inkonsequenzen und Widersprüche der Vorlage angeklagt werden. Es sieht so aus, als sei eine Vermehrung der Kavallerie im Gange. Wenn man aber A sagt und weiß, daß man auch B sagen soll, möchte man doch gerne wissen, wie dies B aussehen soll. (Hört, hört! links.) Ueber die zweijährige Dienstzeit sind noch nicht genügend Erfahrungen gesammelt. Das Ankaufsmittel des Herrn Kriegsministers, die Zurückhaltung der Quote will mir nicht gefallen. — Wie man bei der Kavallerievermehrung mit der Bildung von nur vier Schwadronen auskommen soll, kann ich als alter Kavallerist nicht begreifen. Ich will schließen, indem ich bemerke, wir stimmen nur für Vermehrung der Rüstungen, um den Frieden zu wahren. (Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Freitag, Mittags 12 Uhr, vertagt.

Schluß 5 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Spiritusmonopol? Nach der „Voss. Ztg.“ finden seit einigen Tagen im Savoy-Hotel in Berlin lebhaftere Verhandlungen zwischen maßgebenden Persönlichkeiten des Spiritusfabrikanten-Syndikats und solcher der agrarischen Zentralgenossenschaft statt. An der Börse verlautet, es solle sich dabei um die Bildung einer Art privaten Spiritusmonopols handeln. Dabei würde also jetzt mit Staatskredit durch die Zentralgenossenschaftskasse herbeigeführt werden, was die Spiritusbrenner früher mit Hilfe von Privatbanken vergeblich anstrebten. Die tatsächliche Herbeiführung des Monopols unter dem Schutz der hohen Einfuhrzölle gegen die ausländische Konkurrenz und die Kontingentierung gegen die inländische Konkurrenz.

Was den Unternehmern erlaubt ist. Wie die „Leipz. Volksztg.“ mittheilt, hat die Allgemeine Acetylen-Gesellschaft Prometheus, Gesellsch. m. b. Haftung zu Leipzig, in ihrer Arbeitsordnung, die vom Rath der Stadt Leipzig geprüft und für zulässig befunden wurde, unter § 10 folgende Bestimmung:

Kaiser den gesetzlich vorgeschriebenen Entlassungsgründen für ein noch Grund zur sofortigen Entlassung: Die Mitgliedschaft beim Metallarbeiter-Verbande und die Bewohnung einer Versammlung desselben.

Dieser Arbeitsordnung ist mit dem 1. November 1898 in Kraft getreten. Wir sind überzeugt, bemerkt sehr treffend die „Frlf. Bz.“ dazu, daß die öffentliche Meinung, soweit sie durch die Presse jenseits der demokratischen Grenzlinie repräsentiert ist, darüber sich nicht aufregen und wohl gar keine Notiz davon nehmen wird. Nun stelle man sich aber einmal denselben Fall in umgekehrtem Sinne vor. Nehmen wir an, alle hier etwa in Betracht kommenden Arbeiter seien organisiert und würden beschließen:

„Kaiser... ist für uns noch Grund zur sofortigen Arbeitsniederlegung: Die Mitgliedschaft der Gesellschaft Prometheus bei einem Unternehmerverbande und die Bewohnung einer Versammlung desselben.“

Welch ein Geschrei gäbe es da! Wie würde man nach einer doppelt und dreifach verschärften „Buchhauvorlage“ rufen! Und doch wäre dieser Fall im Belen ganz dasselbe, wie jener, an dem die Konservativen z. gewiß Geschmach finden werden. — Wenn Zwei dasselbe thun, so ist es eben darum nicht dasselbe!

Die Widerspenstigkeit der Duellworte zeigt wieder die Angst von uns aus Meß gemeldete Schieberei, bei der der Wäulenbesitzer John Tillmann von dem Oberleutnant Schlickmann über den Haufen geknallt wurde. Ueber den Anlaß dieses Duells werden nämlich der „Frlf. Bz.“ aus Meß folgende Einzelheiten berichtet: „Im Mai vorigen Jahres wurden Abends auf der Messe mehrere Offiziere des 145. Infanterie-Regiments von einigen jungen Leuten, Söhnen reicher einheimischer Familien, angerepelt. Die Zivilisten wurden mit den Worten „Sie Jean'gl“, ein Spottname für Einheimische, welche, obwohl sie aus deutschem Sprachgebiet stammen und deutsche Schulen besucht haben, doch überall den Franzosen herausbeissen, zur Seite geschoben. Hierauf drehte sich Tillmann um und schlug mit dem Stock nach den Offizieren, aber, wie behauptet wird, ohne Jemand zu treffen. Durch die hin- und herwogende große Menge wurden die Streitenden dann getrennt. Tillmann rühmte sich nun, er habe einen preussischen Offizier auf der Messe durchgeprügelt, ohne daß ihm dafür irgend etwas geschehen sei. Nun wurde der Ehrenrath des Regiments mit der Sache befaßt. Vom Ehrengericht ward der Oberleutnant Schlickmann, als der älteste, dazu bestimmt, die Sache aufzufuchen. Die Forderung lautete auf Bistolen, zehn Schritt Entfernung und einmaligen Augenwechsel. Tillmann wurde in die Brust getroffen und ihm die große Herzader zerrissen. Der Tod trat in wenigen Minuten ein. Das Duell fand in einem Exerziergeschuppen in dem Vororte Montigny statt. Der Vater des Getödteten hatte die Hilfe der Polizei zur Verhinderung des Duells angerufen, leider ohne Erfolg. Da durch die ehrengerichtliche Untersuchung auch die Namen der Kameraden des Tillmann bekannt geworden sind, so fürchtet man noch weitere Nachspiele.“ — Wenn Jemand eine Satire auf die Einrichtungen des christlichen Staates und die Gewohnheiten seiner Träger hätte schreiben wollen, so hätte er sich nichts Aergeres ausdenken können, als die Geschichte, die hier an helllichem Tage in aller Form und Feierlichkeit vor sich gegangen ist. Wegen einer Rüpelrei, die vom bürgerlichen Gerichtshof mit etwa 50 Mark Geldstrafe gesühnt worden wäre, veranstaltet ein königlich preussisches Offiziercorps eine Schieberei auf Leben und Tod; und die vorher unterrichtete Polizei, die sich nicht die kleinste Gesetzesverletzung eines Arbeitervereins entgegen läßt, wird von dem Vater des Getödteten erfolglos um Hilfe angerufen, wo es gilt, ein Menschenleben zu retten. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht gar so traurig wäre!

Die zweijährige Dienstzeit soll sich nicht bewährt haben, so behauptet ins Blaue hinein die „Kreuzzeitung“. Und sie animirt die Regierung zur baldigen Abschaffung der verkürzten und Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit. „Daß auch dem wüsten Geschrei gegenüber eine entschlossene Regierung Stand zu halten vermag, hat Preußen seiner Zeit und zwar in derselben Frage zu seinem und des Reiches Heile bewiesen.“ ... Nach dieser Probe darf man sich also darauf gefaßt machen, daß die ganze reaktionäre Presse nächstens gegen die zweijährige Dienstzeit einen wohlorganisirten Feldzug eröffnen wird: Die Reaktionsäre wögen sich dessen versichert sein lassen: Wir Sozialdemokraten werden auf dem Posten sein. So leicht wird es dieses Mal nicht ergen, die als Abschlagszahlung gewährte zweijährige Dienstzeit dem Volke wieder zu entreißen.

Glückliches Henk! Es giebt einen schuldenfreien deutschen Bundesstaat! Aus dem Fürstenthum Ruß ä. L., einem der vielgeschmähten Kleinstaaten, kommt die interessante Nachricht, daß, während schon im vorigen Jahre daselbst die Grund- und die Einkommensteuer je um einen Termin ermäßigt worden sind, kürzlich der Rest der Staatsschulden des Landes ausgelöst worden ist. Ruß ä. L. ist der einzige Staat im deutschen Reich, der vollständig schuldenfrei dasteht.

Zur Fleischnoth. Die Verwaltung der Königsfürte läßt, wie gemeldet wird, Vieh in großen Posten kommen, um ihre Arbeiter mit billigerem Fleische versehen zu können. Der Zudrang zu der Fleischverkaufsstelle ist so groß, daß Tag und Nacht angestrengt gearbeitet werden muß, um nur einigermaßen der Nachfrage nach Fleisch und Wurst genügen zu können. Der Preis des Fleisches stellt sich

auf 55 Pf. Jedenfalls wird eine zweite Verkaufsstelle errichtet werden müssen. — Und trotzdem soll keine Fleischnoth herrschen!

Etwa 1000 Gartenbau Interessenten Berlins und der Mark Brandenburg waren am Mittwoch versammelt, um die Frage eines Schutzpolizes für die Erzeugnisse des Gartenbaues zu erörtern. Von allen Seiten wurde die Errichtung eines Schutzpolizes für nothwendig erklärt. Besondere Lage wurde über die „Postaktionen“ geführt, die dadurch zu Stande kommen, daß auswärtige Gärtner ihre Erzeugnisse, die sie nicht los werden können, an fingierte Adressen nach Deutschland schicken, wo sie zu Spottpreisen losgeschlagen werden. Seitens des Bundes der Landwirthe waren verschiedene Abgebote erschienen. Herr Dieberich Jahn präs. den Gartenbau als eine der wichtigsten und edelsten Beschäftigungsarten der deutschen Klasse und lud die Versammelten zum Eintritt in den Bund der Landwirthe ein.

Vom Klantschou. Die Ende Oktober 1898 abgeschlossene, dem Reichstage zugegangene Denkschrift über die Entwicklung des neuen deutschen Schutzgebietes Klantschou befaßt über das Gesundheitswesen: „Entsprechend den klimatischen Verhältnissen war der Gesundheitszustand bis zum Eintritt der Regenzeit gut. Dann traten allgemein häufige Darmkatarrhe sowohl unter der europäischen Bevölkerung einschließlich der Besatzung wie auch unter der Chinesen auf. Dazu gestellten sich später eine Reihe von Malaria- und schließlich Malariaerkrankungen. Diesen erlagen vier Personen der Besatzung. Nach Gelenkrheumatismen waren häufig. Als Krankenhaus, auch für Zivilpersonen, wurden neun von der Marineverwaltung herausgeschickte Döckerische Hitzkaracken benutzt. Sie waren als erster Nothbehelf gut geeignet, haben aber unter Transport und Weiter so gelitten, daß der Neubau eines Lazarett sofort nothwendig geworden und argnothwendig ist. Es ist zu hoffen, daß der Bau sich demnächst fördern lassen, daß er vor Beginn der nächsten Regenzeit bezogen werden kann. Vorläufig soll das neue Lazarett auch zur Unterbringung und Behandlung erkrankter Zivilpersonen dienen. Für Chinesen besteht noch kein Krankenhaus. Dagegen ist von den nach Klantschou kommandirten Marineärzten eine poliklinische Sprechstunde eingerichtet worden, in welcher jene unentgeltlich ärztliche Behandlung und gegen geringe Entschädigung Arzneien und Verbandmittel erhalten. Wenn die gesundheitlichen Verhältnisse bis jetzt noch nicht als zufriedenstellend zu bezeichnen sind, so ist dies eine in den Anfängen einer jeden Kolonie widerkehrende Erscheinung, besonders kommen hierbei die bisherigen, völlig unzureichenden Wohnungsverhältnisse und zum Theil auch der Mangel an gutem Trinkwasser in Betracht. Mit Beseitigung dieser Uebelstände ist schrittweise eine Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der Kolonie bis zu dem Grade zu erwarten, daß sie denen in der Primath nicht wesentlich nachstehen. Tientsin wird sogar später recht wohl als „Erholungsort“ für die in den südlicheren Häfen erkrankten Europäer, wenigstens im Frühling und Herbst, dienen können.“ So muß sogar der amtliche Bericht zeigen, wie häufig es in Klantschou mit den Gesundheitsverhältnissen auch der deutschen Mannschaften befallt ist.

Kleine politische Nachrichten. Das Magdeburgische Urtheil gegen unjere Parteigewissen Klüder vom dertigen Parteiblate stellt sich härter dar, als wir nach dem „Vorwärts“ mittheilten. Nicht zehn, sondern nur zwei Monate sind in die Strafe eingerechnet gewesen, so daß für die Beileidigung des Kaisers und des Prinzen Eitel Febr. 47 Monate Gefängnis verhängt wurden! — Die Centralaktion des Reichstages war Dienstag Abend zusammengetreten, um zur Militärvorlage Stellung zu nehmen. Als vorläufiges Ergebniß wird bezeichnet, daß die Fraktion sich gegen die unbedingtige Annahme erklärt und Abschwächungen wünscht. (Also als vorläufiges Ergebniß!) Der Rathhandel ist wohl noch nicht ganz fertig? — Herr Singold-Staerl, der in dem Defekt-Löhnp-Projekt als Polizeipolizist entlarvt wurde, ist seit Eröffnung des Reichstages ständiger Gak auf der Ministerialtribüne. Er ist im Besitze einer Danerklarte, die für diese Tribüne in ca. 40 Exemplaren nur die Ministerien zur Verfügung gestellt erhalten. Herr Singold-Staerl scheint demnach Vertrauensperson des preussischen Staatsministers zu sein. — Von den Kög. Rösche, Dessau und Dr. Paschke ist im Reichstage ein Initiativantrag eingebracht worden, welcher die gesetzliche Errichtung von Arbeitsnachweisen verlangt. Ferner soll durch das Gesetz bestimmt werden, daß an der Verwaltung solcher Arbeitsnachweise Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorh. eines Unparteiischen zu betheiligen sind. — Unsere Anweisung des Karolinen an Deutschland nicht verhandelt worden sei. Um so besser für uns. — „Wer die Zukunft, die Zukunft!“ Die „revolutionäre“ Zukunft an dem hauptsächlich noch immer nicht genehmigten neuen Eingangsportal zum Friedhof der Märzgefallenen in Berlin, die den Chef des Zivilbureau von Lucanus so lebhaft beunruhigt und mit die Schuld tragen soll an der Verzögerung der Bestätigung des Bürgermeisters Richter, lautet, wie aus dem Rathhande berichtet wird, nach dem Beschluß der städtischen Behörden: „Nur hätte der in den Märztagen 1848 in Berlin Gefallenen“, und nicht: „Den Märzgefallenen.“ Und ihretwegen muß Berlin gappeln? — Der Oberleutnant von Stamm vom Infanterie-Regiment Nr. 15 ist auf ein Jahr zum Generalkonsulat in Kalkutta kommandirt worden. Bisher gab es Militäratache nur bei Postkassen. Was ein Militäratache in Kalkutta soll, ist schwer vorstellbar. — Die Eröffnung des Danziger Freibezirks erfolgt wahrscheinlich am 1. April d. J. — Die Kommission der württembergischen Kammer der Standesherren beantragt, dem „Schwäbischen Merkur“ zufolge, auf das Ortsvorstehergesetz mit Abschaffung der Lebensfähigkeit unter den obwaltenden Umständen nicht einzugehen. — Von einer Besichtigung der Tonga-Inseln (südwestlich von Samoa) durch Deutschland, ist dieser Tage aus englischer Quelle berichtet worden. Von deutsch-offiziöser Seite wird jedoch versichert, der Meldung liege nur die Thatfache zu Grunde, daß der deutsche Generalkonsul in Apia, zu dessen Jurisdiktionsbezirk die Tonga-Inseln gehören, eine schon seit einem Jahre ge-

plante Inspektionsreise nach den Inseln jetzt angetreten hat, bei der er die Erfüllung von Verpflichtungen der Eingeborenen gegen die deutsche Handelsgesellschaft durchzuführen versucht hat. Die Thatfache ist, wer Recht hat. — v. Hammerstein — so schreibt ein Berliner Berichterhalter — soll bereits am 2. Mai 1898 aus der Strafanstalt (Zellegefängnis) entlassen worden sein. Er habe einen Arbeitsverdienst von über 70 Mk. angehäuft erhalten und sei nach der Schweiz abgereist. (Es wäre von Interesse, wenn über diesen Fall eine amtliche Auskunft erteilt würde. Früher hier es, eine Begründung Hammerstein's sei abgelehnt worden.) — Strafe muß sein! Es wird gemeldet: „Wenn auch der „Münchener Anzeiger“ wegen Majestätsbeleidigung, bezogen durch Abdruck des Urtheils Handelsrat aus der harten „Zukunft“ an der Verfolgung gesetzt worden ist, so ist der Redakteur des „Münch. Anz.“ doch vor der Strafkammer auf Grund des § 28, Abs. 2 des Preßgesetzes verurtheilt worden. Genannte Gesellschaft handelt von dem Verbot des Wiederabdrucks beschlagener Druckschriften und hat die Strafen für denjenigen fest, der trotz seiner Kenntnis der Beschlagnahme einen Wiederabdruck vorgenommen hat.“ — Revolutionsäre Unruhen in Bolivien (Südamerika) waren vor einigen Tagen gemeldet worden. Jetzt berichtet die bolivianische Gesellschaft in Paris, daß diese Unruhen beigelegt seien und in Bolivien vollständige Ruhe herrsche. Die Unruhen hätten ihren Grund darin gehabt, daß man den Versuch machte, den bisherigen Zustand, den die Regierung zwischen den Hauptstädten der Republik wahren zu lassen, dadurch aufzuheben, daß man ein unabhängiges Regime in Sucre gesetzlich bestimme. Dem Bericht wird hinzugefügt, daß die Handelsbeziehungen durch die Unruhen nicht berührt worden seien. Dem „Newyork Herald“ zufolge ist Matania zum König von Samoa gewählt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Zu dem deutsch-slovenischen Sprachenstreit ist eine wichtige Gerichtsentscheidung ergangen. Die Prager Zeitung „Politik“ läßt sich aus Klagenach melden:

Der oberste Gerichtshof hat auf einen Antrag als Revision einfluß ausgeübt, daß die Parteien bei allen Urtheilen vörmündlich berechtigt seien, sich sowohl der deutschen als auch der tschechischen Sprache als der üblichen Landessprache zu bedienen. Ferner wurde in der Entscheidung angeführt, daß auch das durch die neuen Zivilprozeßgesetze in Geltung gebrachte Prinzip der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit des Verfahrens die volle Gleichwertigkeit beider Landessprachen bei sämtlichen Urtheilen erheische, sowie daß die Sprachverordnungen vom 24. Februar 1898 den Gebrauch beider Landessprachen vor Gericht durchaus innerhalb jener Grenzen regeln, welche für diesen Fall schon in der kaiserlichen Entschliessung vom 8. April 1848, also in einem noch heute geltenden Gelehrte gezogen werden.“

So ist's erhaltlich. Durch Anknüpfung von vorerwähnten Urtheilen an die Reichsversammlung, durch Paragrafen aus der verfassungsgelosen Zeit erfahren die berichtigten Sprachverordnungen ihre gerichtliche Sanktion. Das paßt zum § 14 und aller übrigen Reaktionspracht vorzüglich. D. da mein Oesterreich!

Budapest. Die Sozialdemokraten beschließen, wie die „Frlf. Bz.“ meldet, für nächsten Sonntag ein Protestmeeting und einen Umzug gegen den gesetzlosen Zustand und für das allgemeine Wahlrecht.

Frankreich.

Zur Dreifusaffäre. Nachdem Beaurepaire seine „Gehemnisse“ ausgetrennt hat, ist die Erregung verslogen und der ehemalige Staatsanwalt wird benahe zur komischen Figur. Im „Echo de Paris“ macht er die „Enttöhlung“, daß ein Gerichtsdiener erzählt haben soll, als Picquart auf einen gewissen verschwiegene Ort gegangen, sei einer der Richter gleichfalls dorthin verschwunden. Offenbar habe an diesem Aufenthaltsort eine geheime Konferenz stattgefunden. Beaurepaire erhebt ferner gegen Loew den Vorwurf, er habe seine Abneigung und Feindseligkeit gegen gewisse als Zeugen vorgeladene Generale unverhohlen kundgegeben, er habe einen Offizier während der Zeugnisaussagen zu verweisen gesucht und habe einem ehemaligen Offizier, welcher während der Sitzung den Generalstab angriff, nach Schluß der Sitzung seine Befriedigung ausgedrückt. Beaurepaire zweifelt die Unparteilichkeit der fünfzehn Mitglieder der Kriminalkammer an und verlangt, daß an deren Stelle die 49 Richter, welche den gesamten Kassationshof bilden, gesetzt werden.

Der Prozeß der Witwe Henry gegen Reinach kommt am 27. Januar zur Verhandlung. Labori wird die Vertheidigung Reinach's führen; dieser hat 150, jene 50 Zeugen inden lassen.

Zola warb: am 11. d. M. vom Zachtpolizeigericht in contumacia zu 100 Frank's Geldstrafe und 500 Frank's Schadenersatz verurtheilt, weil er den Redakteur des „Petit Journal“ Judet beschuldigt hatte, sich in seiner Polemik gegen den Vater Zola's gefälschter Dokumente bedient zu haben. Der Anwalt Judet's hatte 10 000 Frank's Schadenersatz verlangt. — Ein Pyrrhus-sieg! Das Urtheil kommt moralisch einer Freisprechung nahe!

Der sozialistische Gemeinderath von Dijon hatte vor Kurzem die fast vollständige Aufhebung der städtischen Bölle beschlossen. In seiner letzten Sitzung bestimmte er, daß die Erbschaften ausschließlich vom bebauten und unbebauten Grundbesitz getragen werden sollen.

Belgien.

Brüssel. Dem „Etoile Belge“ wird aus Lillo die sensationelle Meldung telephonirt, daß die französische Nordbahngesellschaft vertraulich angewiesen worden ist, rollendes Material zur Beförderung beträchtlicher Truppenmassen aus dem Norddepartement nach Paris im Falle etwaiger Unruhen bereit zu halten. — Angesichts der Ereignisse in Paris entbehrt die Meldung der Glaubhaftigkeit nicht.

Schweden und Norwegen.

Bei Einführung der reinen norwegischen Handelsflagge tritt zum ersten Male jene Bestimmung der norwegischen Verfassung in Kraft, wonach ein von der Volksvertretung in drei aufeinander folgenden Legislaturperioden wiederholt beschlossenes Gesetz auch ohne königliche Sanktion in Kraft tritt. König Oskar II hat seinen Widerstand gegen das

Gesetz nicht aufgegeben. Er hat aber trotzdem als konstitutioneller König das Gesetz selbst verkündet. Dieser Tage ist im Gesetzblatte „Luitpolden“ die mit seiner Unterschrift versehen Kundmachung erschienen, in welcher er selbst seinem Lande zu wissen giebt, daß er sich nicht imstande gesehen habe, dem von drei Volksvertretungen (1893, 1896 und 1898) bezüglich der vorwegigen Handelsflagge gefassten Beschlüsse seine Genehmigung zu erteilen, daß dieser Beschlüsse jedoch gemäß dem § 79 der Verfassung als Gesetz verkündigt werde und ein Jahr nach dem Tage dieser Kundmachung in Kraft trete. Es ist wohl noch nie vorgekommen, daß ein Monarch in solcher Form die Einführung eines von ihm abgelehnten Gesetzes verkündet.

England.

Eine neue Friedensliga, nämlich eine Vereinigung zu Gunsten der Abrüstung, ist in England gebildet worden. Deren Generalkommission bezieht dieser Tage die Mittel zur Herbeiführung einer entsprechenden Bewegung in den Ländern des Festlandes und ermog die Frage der Massenverteilung bezüglich Schriften. Die Führer der englischen Arbeiterpartei unterzeichneten einen Aufruf an die Arbeiterklasse zu Gunsten des Friedens. Die Bewegung schreitet unermüdet fort. In den hauptsächlichsten Provinzialstädten werden öffentliche Versammlungen organisiert, die sich mit der Frage beschäftigen sollen.

Philippinen.

Der Konflikt zwischen den Amerikanern und den philippinischen Aufständischen ruht sich immer mehr zu. Der spanische General Moró hat nach Madrid gemeldet, daß die Aufständischen sich um Manila sammeln, in der Absicht, zum Angriff vorzugehen und daß die Amerikaner die Verteidigung der Stadt eifrig betreiben. Wie dem „New York Bureau“ aus Hongkong gemeldet wird habe das dortige Komitee der Philippinen beim Hongkonger Gericht gegen den amerikanischen Konsul auf Herausgabe von 47 000 Dollar geklagt, welche im Juni 1898 bei ihm als Schatzmeister des Fonds für die Unabhängigen der Philippinen hinterlegt worden seien. Man erwarte infolgedessen sensationelle Enthüllungen, aus denen sich ergeben solle, daß die amerikanische Regierung die Philippinen dadurch als kriegerische Macht anerkannt habe, daß sie ihnen Waffen lieferte und auch moralisch ihrer Sache dadurch diene, daß sie im vergangenen April mit Aguinaldo in Singapur einen Vertrag abgeschlossen habe.

Eine Ausschussung der hauseigenen Versicherungsanstalt fand gestern im Anstaltsgebäude statt. Wegen Raumangels muß der Bericht zurückgestellt werden. Durchweg wurde nach den Anträgen des Vorstandes beschloffen. Eine recht resultatlose Debatte über Oberberg nahm breiten Raum ein. Als erstens darf wohl die Mitteilung des Herrn Direktor Seibert bezeugt werden, daß die Tendenz des neuen, im Bundesrathe befindlichen Entwurfes auf Erhöhung der Zuvahlrenten gerichtet ist.

Ein ausserordentliches Feuer entstand gestern bei dem Kaufmann Düggau, Breitestraße 97. Es wurde von der Feuerwehre rasch gelöscht.

Der Prozeß **Grühnacher**, der aus einem Ehecheidungsprozesse der hiesigen Eheleute Kayr, Konsul Plessing resultirt, beginnt heute. Das Privatdetektivwesen dürfte in der Verhandlung eine interessante Beleuchtung erfahren.

Stadttheater. Sonnabend Abend findet eine Wiederholung des mit so großem Beifall aufgenommenen Dramas von Verhart Hauptmann „Fuhmann Henschel“ statt.

Das Berliner Gewerbegericht hat dieser Tage die prinzipielle wichtige Frage entschieden, ob ein Arbeitgeber berechtigt ist, die in § 124b der Gewerbeordnung festgesetzte Beschränkung in Höhe der wöchentlichen Tagelöhne für eine Woche von einem Arbeitnehmer bei Kontraktbruch zu fordern, wenn der Arbeiter zwar kontraktbrüchig geworden, aber am folgenden Tage nach dem Kontraktbruch sich wieder zur Arbeit zinstellt. Das Gericht hat die Frage zu Ungunsten des Arbeitgebers entschieden und diesen nur für berechtigt erachtet, von dem Arbeiter eine Beschränkung für einen Tag zu beanspruchen.

In das Handelsregister ist eingetragen am 11. d. M. auf Blatt 2092 bei der Firma „Peterson & Co.“ Auguste Behrman, Gehilfin geb. Köhler, des Kaufmanns Willy August Louis Anton Mly in Lübeck Ehefrau, hat erklärt, daß sie für die Verbindlichkeiten ihres genannten Ehemannes, Gesellschafters der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma Peterson & Co., überall nicht haften wolle. Das Konkursverfahren ist am 11. d. M. über die Verbindungen des Kaufmanns Hugo Hermann Gynman, des in Königsberg wohnenden, der Firma K. Ledermann & Co., hier, eröffnet worden. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt L. Wemmer.

Die **Lübecker Wittgenossenschaft** vertheilt für das letzte Geschäftsjahr noch drei Prozent Dividende, obwohl der Erbschaft von auswärts gedrückt werden mußte.

In Haft gerath der wegen Unterschlagung von ca. 6000 Mark strafrechtlich verfolgte Heideke der hiesigen Kunstschmiedelei, Rauch. Er wurde in Hamburg gefaßt.

Im geschichtlichen Recht! Der Banarbeiter **Urbahn** war während des Banarbeiterstreiks aus dem gelöbten Lande flüchten nach hier importirt worden und hatte bei dem Zimmermeister **Pöhl** treue Dienste geleistet. Er lebte in der Bahn, daß er auf Kosten der „Banhütte“ würde zurücktransportirt werden. Diese Ansicht erwies sich als eine irrige, denn als er gestern vor dem Gewerbegericht eine diesbezügliche Forderung geltend machte, wurde ein Kontrakt produziert aus welchem hervorging, daß er nichts zu beanspruchen habe.

Entin. Die neue Gesindeordnung, mit welcher das Großherzogthum Oldenburg beglückt werden soll, umfasst von reaktionären Bestimmungen. So unterliegt keinem Zweifel, daß der Landtag dem Entwurf im Großen und Ganzen seine Zustimmung auch geben wird. Daß der Entwurf, wenn er Gesetz wird, einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, kann nicht behauptet werden. Die Neuerungen gehen über die Forderungen des bürgerlichen Gesetzbuches nicht wesentlich hinaus. Die bisher sozial niedere und unfreie Stellung der Diensthöfen bleibt in der neuen Gesindeordnung erhalten. Das dauernde Dienstverhältniß hat dem freien Arbeitsvertrag, wie er in der Gewerbeordnung für die gewerblichen Arbeiterinnen zur Geltung kommt, nicht Platz gemacht. Selbst das Züchtigungsgesetz ist indirekt erhalten worden, indem Diensthöfen, wenn sie geschlagen worden, nicht ohne Weiteres den Dienst verlassen dürfen. Schon ganz und gar nicht, wenn sie die Herrschaft zum Schlagen durch angeblich freches Benehmen gereizt haben. Das Recht, den Dienst sofort zu verlassen, ist für den Diensthöfen so gut wie nicht mehr vorhanden. Dagegen hat die Herrschaft in einer Reihe von Fällen das Recht, den Diensthöfen sofort zu entlassen. Daß in der Zeit, in der man die Streikheger am liebsten in's Zuchthaus sperren möchte, der Kontraktbruch, sogar der vermuthlich indirekte Kontraktbruch des Gesindes, schwer bestraft werden muß, liegt auf der Hand. Wie aus vorläufiger Zeit liest sich die Begründung der Forderung des Entwurfes, daß bei vertragswidrigem Verhalten die Diensthöfen nicht nur schadenersatzpflichtig sein müssen, sondern daß ihnen der rückständige Lohn nicht gegeben werden braucht. Es heißt dort: „... Für den Fall, daß der Diensthöfe sich böswilliger Weise vertragswidrig verhalten hat, muß man ihn nicht nur schadenersatzpflichtig machen, sondern ihm auch den Anspruch auf den seit dem letzten Wechselstuge fälligen Lohn überhaupt abschneiden. Denn einmal besteht der Schaden, den die Herrschaft erleidet, wenn sie vorzeitig einen Diensthöfen entlassen muß, keineswegs allein in den Ausgaben, die sie nun für Aushülfeleistungen machen muß, sondern ist, insbesondere in landwirtschaftlichen Betrieben, in der Regel weit größer, aber als nicht unmittelbar in die Erscheinung tretend, nicht genau zu berechnen, und es ist schon des-

halb gerechtfertigt, der Herrschaft die Einbehaltung des ganzen Lohnes zu ihrer Schadloshaltung zu gestatten, so dann ist aber mit der Vorschrift ein wirksames Mittel gegeben, der immer mehr überhand nehmenden böswilligen Untermöglichkeit des Gesindes eine wirksame Wehr zu berechnen, entgegenzutreten.“ — Man kann neugierig sein, ob von den liberalen Männern im Landtag der Versuch gemacht wird, einen andern Geist als den vormöglichen in das Gesetz zu bringen. Die Vertreter des Fürstenthums Lübeck, durchweg nationalliberale Agrarier, werden dazu schwerlich die Hand reichen.

Entin. Achtung, Parteigenossen des Fürstenthums Lübeck! Die Konferenz in Hensefeld beginnt um 2 Uhr Nachmittags.

Neustadt i. S. Entsetzlicher Unfall. Die Wittwe **Sein** im benachbarten Dorfe **Koge** kam beim Fischbraten dem Feuer zu nahe, ihre Kleider geriethen in Brand und verletzten sie derartig, daß sie nach zwei Tagen starb.

Blow. Abgebrannt ist am Montag Abend die bei **Nieberg** belegene sogenannte **Söhrenr. Rath.** Die Bewohner, zwei kinderreiche Arbeiterfamilien, retteten nur mit Mühe das nackte Leben.

Segeberg. Ertrunken ist vermuthlich in Folge eines Schwindelanfalls in einem Wasserloch bei der Wassermühle der Privatier **Erwerk.** Rinder entdeckten die Leiche.

Hamburg. Vom Segen der Schifffahrt. Das Jahr 1898 weist einen noch nie zuvor erreichten Bestand auf. Es kamen uns über 12 523 Schiffe mit 7 355 000 Reg.-Tons gegen 11 173 mit 6 708 000 Reg.-Tons im Vorjahre; in See gegangen sind 12 532 Schiffe mit 7 393 000 Reg.-Tons gegen 11 293 mit 6 852 000 Reg.-Tons im Vorjahre. Dabei ist, wie die „Fest. Ztg.“ schreibt, das Verhältniß der leer oder mit Ballast im Hamburger Hafen verbleibenden Schiffe zu den mit Ladung angekommenen oder abgegangenen ein immer günstigeres geworden, denn während der Prozentfuß aller leer nach Hamburg gekommenen Schiffe von 21,88 pCt. der Gesamtheit in 1897 auf 25,25 pCt. in 1898 sich steigerte, jedoch die Zahl der Ladung suchenden Schiffe größer worden ist, sank der Prozentfuß der leer abgegangenen Schiffe von 27,39 pCt. der Gesamtheit in 1897 auf 24,98 pCt. in 1898, es ist demnach die Lademöglichkeit wesentlich besser geworden. Man vergleiche hiermit das Verhalten der Hafenkönige gegen ihre Arbeiter, denen die „notwendige Abfertigung“ absolut nichts bewilligen zu können vorgiebt. — Europa müde. In November und Dezember 1898 wanderten über Hamburg 8174 Personen aus gegen 2277 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Altona. Das Schwurgericht verurtheilte am Mittwoch den ostpreussischen Fabrikarbeiter **Petrovski** aus **Lägerdorf**, welcher am 27. November den **Schlachter Hasse** nach einer Vereinsfestlichkeit mit einem Messer erstach, zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Riel. Ein Reidelager von großer Mächtigkeit ist nach der Meldung bürgerlicher Blätter vor einiger Zeit bei **Pahlhude** unweit der Eiber entdeckt worden. Man hat die vorhandenen Reidemassen auf 20 Millionen Tonnen berechnet. In Pahlhude wird nunmehr eine Zementfabrik gebaut, die jährlich rund 250 000 Tonnen liefern soll. Sächsische Bergleute sind nach Holstein gekommen und haben bereits einen Föhrbeschacht von neun Meter Weite und 40 Meter Tiefe hergestellt.

Riel. Kollision. Der Dampfer „**Göhler**“ stieß am Mittwoch Nachmittag in der Bucht mit einer Kanal-Dampfbaggerboote zusammen und wurde am Steven und der Keeling derartig beschädigt, daß er seine Fahrten aufgeben mußte.

Hadersleben. Köller Triumphator. In **Rödding**, nahe der Grenze, wohin ihn der Weg führte, wurde Köller von vierzehn berittenen Ansiedlern in den Ort geleitet. Auf einer dort errichteten Ehrenpforte war zu lesen:

„Mit Recht schafft Du Nordschleswig Ruh.“

Pyramidal! Der Feuerzauber in Hadersleben soll übrigens auf städtische Kosten gehen. Wer weiß, ob er andersfalls zu Stande gekommen wäre. Vor einigen Tagen wurde, jedenfalls zur Wahrung des Friedens — **Julius Caesar** sagte auch stets, wenn er Raubzüge in Gallien unternahm, er stiftete Frieden — in **Kauzstedt** ein **Knecht** ausgewiesen, dessen Vater dänischer Unterthan und völlig blind ist, obwohl der Sohn sich im vorigen Jahre zur Stammmühle gemeldet und auch zur Musterung gestellt hatte. Also nicht einmal der Wille, dem Militarismus sich zu weihen, macht gegen den politischen Schub immun. Wie vorzüglich übrigens die rigorosen Maßnahmen wirken, beweist der Umstand, daß trotz der bekannten Drohung des Amtsrichters **Hahn**, den Eltern, die ihre Kinder auf dänischen Schulen beliehen, das Erziehungsrecht zu entziehen und deutschgesinnte Vormünder einzusetzen, sämmtliche im Amtsgerichtsbezirk **Norburg** wohnenden **Böglinge** dänischer Schulen wieder nach Dänemark abreisten. Als ein Zeugniß der Stimmung in **Südbdeutschland** selbst in unzweifelhaft nationalgesinnten Kreisen möge nachstehende Auslassung der „**Rüchener Allgem. Ztg.**“ dienen:

„Ueber die Festlichkeiten, die in Hadersleben zu Ehren des Oberpräsidenten v. Köller veranstaltet werden und den harten Maßnahmen gegen die deutschfeindlichen Elemente des Charakters einer Art Sportbelohnung ausprägen, werden wohl auch viele

von denen keine rechte Freude empfinden, welche die Ausweitung begünstigen haben. Selbst wenn solche Maßregeln zur Unterdrückung der dänischen Migration notwendig wären, blieben sie immer ein notwendiges Übel und sollten nicht die Verantwortung für geschäftlichen Schaden geben, welche die Erbitterung steigern und von den Betroffenen wie ein Bohm auf ihr verdientes oder unverdientes Unglück betrachtet werden müssen."

Bremen. Der Norddeutsche Lloyd plant nach amerikanischen Zeitungsmeldungen die Einrichtung einer neuen asiatischen Bekehrslinie für seine Dampfer durch Schaffung einer regelmäßigen Dampferverbindung zwischen Hongkong und Seattle, Wash., über Yokohama und Manila. Man hat Seattle als Anlegeplatz auf der amerikanischen Seite ausgewählt, um der Dampferlinie einen direkten Anschluss an die Northern Pacific-Bahn zu geben.

Ludwigslust. Erschossen hat sich nach telegraphischen Meldungen auswärtiger Blätter Leutnant v. Mohr vom hiesigen Dragonerregiment.

Schwerin. Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wegen des bekannten Verbrechens verurtheilte die hiesige Strafkammer den Erbpäpster Franz aus Bismarck zu 3 Monaten Gefängnis.

Kostel. Trauriges aus Mecklenburg. Unter dieser Stichmarke schreibt das Korrespondenzblatt für die Philologen-Vereine Deutschlands:

Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat dem gegenwärtigen Landtage eine Vorlage zusammen lassen, nach welcher an sechs Städte eine Gesamtsumme von 34 000 Mark jährlich bewilligt werden sollte, um die Lehrer von den höheren Schulen dieser Städte denen an landesherrlichen Schulen im Gehalte gleich zu stellen. Es war das erste Mal, daß diese Regierung dem Landtage eine Ausgabe für das höhere Schulwesen — die Universitäts-Mittel ausgenommen — zumutete. Der vorbereitende Ausschuss des Landtages hat aber diese Vorlage am 23. November einstimmig, der Gesamtlandtag am 30. November mit 40 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Nimmt man an, daß die Bürgermeister der in Frage kommenden Städte eine bejahende Stimme abgegeben haben, so grenzt auch diese Ablehnung an Einmütigkeit. Somit bleibt der Landtag für Mecklenburg-Schwerin der einzige in der ganzen gebildeten Welt, welcher für höhere Schulen nichts ausgiebt. Das gebildete Deutschland wird sich mit Recht verwundern fragen, wie es etwas möglich ist. Noch auffälliger wird dieser Vorgang, wenn man erwägt, daß in fünf Städten unseres Landes sechs Gymnasien und Realgymnasien an landesherrlichen Mitteln gehalten werden, ohne daß diese Städte etwas dazu beitragen, während neun öffentliche Mitteln — ein- oder zweigleisig — etwas zu empfangen. Ferner werden nach dem Anweis des vorigen Jahres an den landesherrlichen Schulen 1200 Schüler unterrichtet, an den öffentlichen dagegen 2800. Wohin wollte man aber mit 2800 Schülern, wenn die öffentlichen Schulen nicht wären? Im mecklenburgischen Landtage überwiegen die Mittelstandsbefreyer. Darin liegt zugleich die Erklärung der Abgabe der in Frage stehenden ist die Schule ein Dorf im Auge. Die böse Schule beschäftigt und herrscht auch „den Fleck“, sich zu höheren Staatsstellen anzuschließen, und, was noch schlimmer ist, der Sohn des Edelmannes muß nun etwas lernen, um einigermaßen in

der Welt mitzukommen. Zur selben Zeit bewilligte derselbe Landtag den Landboten, welche mit ihren Pferden die Ausstellung in Frankfurt a. M. besichtigen wollen, 8400 Mark. Alle Jahre wird den Großgrundbesitzern, welche sich von ihrer Handhabe bis zur nächsten Herbstfrucht auf ihrem eigenen Felde einen ähnlichen Weg anlegen, eine Beihilfe von 9000 Mark auf 10 Kilometer bewilligt. Eine Beihilfe, welche so ziemlich die ganze Summe darstellt. Für diese und ähnliche Dinge hat man Geld. Die Barmüthe aber, nur für Schulen kein Geld zu haben, sind charakteristisch für die Männer, welche sich ihrer bedienen. Die wichtigsten waren, daß vielleicht nicht alle Städte an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen, und nicht alle Schulen für das Bildungsbedürfnis des Landes nützlich wären. Der Berichtserstatter dieser Meisheit war nach der „Mollater Zeitung“ Herr Erblandmarschall v. Löwen-Eichberg, derselbe Herr, welcher wenige Tage vorher gegen eine Aufhebung der Gehälter im Streitlichen sich deshalb ausgesprochen hatte, weil die Schwerinischen für ihre Besserstellung nicht dankbar genug gehalten wären." (1)

Briefkasten.

Ein Enträcker. 1) Der von der Magdeburger Justiz so hart getroffene Herr August Müller ist von Herrn Gärtner. Er gerichte, wenn wir uns recht entsinnen, eine Beilage des Fachblatt der Gärtner und ist in Magdeburg seit zwei Jahren. Er ist unverheiratet. 2) Sie haben nur allzuredt: Wer die Wahrheit sagt, freigt Pfedel, und ein sozialreformatorischer Redakteur steht immer mit einem oder mit beidem Theilen in der „Vereinsausfall“, die man Gefährlich nennt. Mitscherowitsch sagte Bismarck. Gut Ding will Weile haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir erlauben unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Mehrere möblierte Zimmer sofort zu vermieten
Gentnerstraße 30.

Gesucht zu Otern ein Malerlehrling bei günstigen Bedingungen.
Näh. W. Prahl, Meißnerstraße 12

Feinste französische Kartoffeln empfiehlt
Heinr. Wischendorf, Königstraße 88.

7. Vitello-Margarine Pfund 70 Pfg. feinst frisch. empfiehlt Frommhagen, Mühlentstraße 81.

Amerfeinste Meiereibutter Pfund 1.10 Mk. feinste Meiereibutter Pfund 1 Mark. Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Finuld. Meiereibutter vorzüglich zum Baden

Neue Salzgurken empfiehlt
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge, Fischergrube 61. Fernsprecher 217.

Jeden Dienstag und Freitag frisches Kopf u. Bein Pfd. 20 Pfg. Rippen zum Kochen Pfd. 35 Pfg. pr. Bratenfleisch Pfd. 40 Pfg. empfiehlt
Helmuth Ahrens, Sohn: Julius Schober, Gr. Burgstraße 55.

Empfehle:
Junges fettes Fleisch. W. Rieck, Süßstr. 42.

Grummel Doppeltümmel Flasche 60 Pfg. E. S. Eiers Nachf., Wahnstraße 40.

Aepfel. Wegen schnellster Räumung des Ladens billigt Aepfel zu verkaufen. Johannisstraße 50.

Der Süddeutsche Postillon No. 1 ist soeben erschienen. Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Heute Sonnabend den 14. August: Aufsich von Lüdk'schem Bod-Bier. G. Buthmann, Glockengießerstraße 3.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Rasch.

Verleger: Theob. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.

Fettwaaren-Special-Geschäft
Breitestr. 60a C. Harz Sandstraße 27

Geräucherte Carbonade Pfd. 60, 62 Pfg.
Geräucherten Vorderfischchen Pfd. 50 Pfg.
Geräucherte Schweinebacken Pfd. 50 Pfg.
Geräucherte Schweinsköpfe Pfd. 40 Pfg.
Vitello-Margarine Pfd. 70 Pfg., bester Ersatz für Meierei-Butter.
Nach wie vor kostet die feinste Süßrahm-Margarine, Marke „Creme“, Pfd. 58 Pfg., bester Ersatz für Naturbutter.

Öffentliche Versammlung
am Sonnabend den 14. Januar 1899

Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Tages-Ordnung:

Die Lohnbewegung der Grefelder Weber. Referent: Herr C. Rapp aus Grefeld. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Die Kartell-Kommission.

Brauerei Walkmühle.

Am Freitag den 13. Januar beginnt der Verkauf meines



hochachtungsvoll H. Lück.

NB. Sonntag: 1. großes Beckbierfest. Getrockn. Fliederbeeren Pfd. 30 Pfg. Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Feinste Meiereibutter 1.20 Mk.
Feinste Bauernbutter 1 Mk.
Große Eier Stück 6 Pfg.
Ger. Landmettwort 1 und 1.20 Mk.
Fies. fetten u. durchw. Speck Pfd. 80 Pfg.
Feinste Margarine m. Gratisbeigaben sowie sämtliche Colonialwaaren zu den billigsten Preisen empfiehlt
J. C. W. Blöss, Kupferschmiedestraße 7.

Prima junges Fleisch empfiehlt Hermann Dose, Hundestraße.

Oscar Domnick & Co. Weingrosshandlung. Einzelverkauf: Fischstraße 15. Sämtliche Weine und Spirituosen in bester Qualität zu den billigsten Preisen. Ganz besonders machen wir auf unseren Cognac Specialmarke zum Preise von 1.20 Mk. per Flasche ohne Glas aufmerksam.

General-Versammlung
der Kranken- u. Sterbekasse Fidelity

(G. S. Nr. 19) am Montag den 16. Januar Abends 9 Uhr in den Centralhallen (J. Dürkop) großer Saal. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom verflochtenen Halbjahr. 2. Vorstandswahl l. § 12. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. Die Mitglieder werden freundlichst ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. NB. Die Karten sind mitzubringen. Der Vorstand.

Vereinshaus.

Sonnabend den 14. Januar: Anstich von Lüdk'schem Bod. Abends von 9 Uhr an: Musik-Unterhaltung in den unteren Räumen. Sonntag den 15. Januar: Musik-Unterhaltung und Anstich von Beckbier.

Achtung! Achtung! Großer Extra-Ball

als Benefiz für den Kassirer des Clubs Kranken- u. Sterbekasse Fidelity am Sonntag den 15. Januar 1899 in der festlich decorierten Tivoli-Halle. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Eingang: Vereinsvereinsaal. Fremden-Preis 50 Pfg., Damen frei. NB. Die Zwischenpausen werden durch Vorträge der Herren Gebr. Puls ausgefüllt. Zu diesem meinen Vortheilsabend lade ich alle meine Freunde und Gönner ganz ergebenst ein. Achtungsvoll Franz Callies.

Circus Variété

Heute Sonnabend die vorletzte Vorstellung des gesammten 8. Spielplans. Kommt!!! Noch ist die Zeit zum Lachen. Sonntag die letzten beiden Paraderstellungen. Um 4 Uhr: Kinder-Festvorstellung. Sämtliche Billets verlieren mit dem 15. Januar ihre Gültigkeit.

Stadttheater in Lübeck.

Sonnabend den 14. Januar. Fuhrmann Henschel. Schauspiel in 5 Akten von G. Hauptmann. Sonntag den 15. Januar: Madame Sans-Gêne. Lustspiel in 4 Akten von B. Sardou. Hierauf: Das Versprechen hinter'm Herd. Oesterreichische Alpenescene in 2 Bildern von Baumann.

Zweiter deutscher Seemanns-Kongress.

(Erster Verhandlungstag.)

Hamburg.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, „Die Seemanns-Ordnung“, ergreift als erster Referent Reichstagsabgeordneter **Meßger** Hamburg das Wort: Ich bin zwar kein Seemann, ich habe mich aber mit dieser Frage eingehend beschäftigt. In meinen Händen befindet sich reichhaltiges Material. Seit 1891 wird von der sozialdemokratischen Fraktion unausgesetzt darauf hingewiesen, daß eine zeitgemäße Abänderung der S. D. erfolge. Zwischen der Regierung und der Fraktion der Sozialdemokraten hat sich in dieser Angelegenheit ein Frage- und Antwortspiel entwickelt. Eine technische Kommission ist zwar eingesetzt und der Nautische Verein um ein Gutachten angegangen worden, aber weiter ist noch nichts erfolgt. Etwas wird ja geschehen und ist ja auch schon geschehen; so erinnere ich daran, daß schon ein Predigtbuch für Seeleute herausgegeben worden ist. (Heiterkeit). Die S. D. muß umgehend abgeändert werden. Man zeigt ja eine große Vorliebe für die Schifffahrt. Die Abnehmerinteressen werden gewahrt, wie dies die Subventionierung der Dampferlinien beweist. Auch die Firma Stumm und Genossen wollen eine größere Sicherheit im Schifffahrtsbetriebe herbeiführen, und zwar soll hierin eine internationale Verständigung erfolgen. Wir sind nun der Meinung, daß zunächst im eigenen Lande Hand an's Werk gelegt werden müsse. **Redner** bespricht eingehend die der Abänderung bedürftigen Punkte der aus dem Jahre 1872 stammenden S. D. Bei der Untersuchung von Schiffen, die sich im Auslande befinden, müsse ganz anders verfahren werden. Nach dem § 47 der S. D. ist der Konsul mit der Untersuchung zu beauftragen. Nun wissen wir aber auch, daß in vielen Fällen der Konsul zugleich der Agent der betreffenden Rhederei ist. Was bei einer solchen Untersuchung herausbringt, brauche ich nicht weiter auszuführen. Dieser Paragraph muß in der Weise festgelegt werden, daß auch Vertreter der betreffenden Schiffsmannschaft zur Untersuchung herangezogen werden. Festgelegt muß werden die Höchstzahl der unbefahrenen Leute. Des Weiteren muß die Mannschaft derartig zusammengesetzt sein, daß jeder die Kommandos versteht. Auf einem Bremer Schiff bestand die Mannschaft aus solchen Leuten, die überhaupt kein Deutsch verstanden; nur wenige verstanden englisch. Welche Gefahr für die Sicherheit hierin liegt, weiß Jeder von Ihnen. Ein weiterer Punkt betrifft die größere Sicherheit im Schifffahrtsbetriebe. Hier müssen strenge Vorschriften erlassen werden. Wenn das Schiff den Hafen verläßt, muß eine strenge Kontrolle erfolgen auf Seetüchtigkeit, Beladung, Güte des Proviantes, Wassers u. s. w. Die Disziplinargewalt der Schiffer muß von Grund auf reformiert werden. **Redner** streift hierauf das Kapitel **Selbstmorde** auf deutschen Schiffen und die Ursache derselben. Die jetzige S. D. ist durch die technische Entwicklung schon längst überholt. **Redner** führt dies näher aus. Die freien Vereinbarungen zwischen Rhedern und Schiffleuten müssen unbedingt aufhören. Der Referent streift hierauf das Anberaumungswesen und

fordert die Sicherstellung des Koalitionsrechts für die Seeleute. Des Weiteren fordert er die Einsetzung eines Ober-Seemannsammtes, sowie die von Seegerichten, eine andere Verwendung der Strafgeelder und ersucht zum Schluß die Seeleute, sich fest zusammen zu schließen und mit lauter Stimme ihre berechtigten Forderungen zu erheben.

Der Korreferent Reichstagsabgeordneter **Theodor Schwart** Lübeck führt aus: Am Anfang der 80er Jahre trat ein ganz neuer Schiffstyp in die Erscheinung: an Stelle des 800 Tons-Schiffes trat das 1500 Tons-Schiff, was eine große Umwälzung in der Technik hervorrief. Früher blieb der Seemann lange Jahre unterwegs, weshalb keine Organisation aufkommen konnte. Im Jahre 1892 haben wir im Reichstage eine Novelle zur S. D. eingereicht, welche jedoch nicht zur Verhandlung gelangte, da im Jahre 1893 der Reichstag aufgelöst wurde. Im Jahre 1896 wurde ein neuer Entwurf eingereicht, aber auch dieser gelangte nicht zur Berathung. Wir stehen nun vor der Frage, ob der Entwurf nochmals eingereicht werden soll. **Redner** bespricht sodann den Nautischen Vereinstag vom Jahre 1894, der ebenfalls die Nothwendigkeit der Abänderung der S. D. betonte, aber aus anderen Gründen. Auch die eingeleitete Technische Kommission hat einen Entwurf ausgearbeitet, so daß jetzt deren drei vorhanden sind. **Redner** schildert hierauf die Umwälzung, welche sich von 1871 bis 1897 im Schifffahrtsbetriebe vollzogen hat. Im Jahre 1871 gab es 4519 Schiffe, darunter 147 Dampfer von 982000 Netto-Tons und 38 475 Mann, während es im Jahre 1897 schon 841 Schiffe weniger gab. Der Tonnengehalt ist aber um 505 222 gestiegen. Die Mannschaft hat sich nur um 1330 vermehrt. Die Zahl der Dampfer ist auf 1126 gestiegen. Ganz andere Zustände herrschen heute gegen früher, woraus sich schon ganz von selbst die Nothwendigkeit der Abänderung der S. D. ergibt. Auf dem Nautischen Vereinstag im Jahre 1895 lobte Kapitän **Vrau-Danzig** die Bortrefflichkeit der S. D. und Regierungsrath **Dr. Köfing** meinte hierauf, daß dann ja eine Abänderung derselben nicht von Nothen sei; aber nichtsdestoweniger wurde eine Resolution angenommen, welche die Revisionsbedürftigkeit der S. D. anerkannte. Wir werden die Regierungen bei der Etatsberathung abermals fragen, wie weit die Angelegenheit gediehen sei. Es handelt sich nun darum: Wollen wir den Entwurf von 1896 wieder einbringen oder sollen wir die Fraktion beauftragen, eine Kommission zu wählen, welche unter Heranziehung von Fachleuten die drei Entwürfe durchberathen und einen neuen Entwurf ausarbeiten soll? Diese Frage kann nur in Betracht kommen.

Störmer-Hamburg macht auf folgende Mängel der Seemannsordnung aufmerksam: Wenn ein Schiffsmann sein Seefahrtsbuch verloren hat, so wird ihm nicht auf seine einfache Bitte ein neues Buch ausgestellt. Man glaubt ihm nicht. Man schiebt ihn zum Notar, der muß ihm eine Bescheinigung von seiner Behauptung ausstellen, und nun erst erhält er ein Duplikatbuch. Nun bitte ich Sie, was kann der Seemann dem Notar mehr sagen, als dem Seramt?! Aber der Mann muß dem Notar 5 bis 6 Mk. bezahlen. Recht traurig steht es noch damit, daß nicht gesetzlich festgelegt ist, bis wann die Feuer bezahlt wird, sondern nur von wann, daß weiter es sehr

schwer hält, die Papiere eines Mannes zu bekommen, der auf See umgekommen ist.

Heitmann-Lübeck: Sehr nöthig ist eine Regelung der Arbeitszeit durch die Seemanns-Ordnung. Auch müssen bezüglich der Strafgeelder gebürige Bestimmungen getroffen werden. In Lübeck fallen die den Seeleuten abgenommenen Strafgeelder der Schiffergesellschaft zu, die für die Wittwen und Waisen der Kapitäne usw. zu sorgen hat. Die Schiffer haben daher sehr reges Interesse daran, möglichst viel Strafgeelder einzuziehen. **Störmer** Hamburg, **Schulz**-Stettin, **Dillenberger**, **Heinrich** und **W. Müller**-Hamburg bringen noch mehrere Vorschläge über die Seemanns-Ordnung vor und machen Abänderungsvorschläge. **Meßger** schlägt in seinem Schlußwort vor, vorläufig die Schritte der Regierung abzuwarten. Folgende von **Meßger** empfohlene Resolution wird sodann einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß die in jüngster Zeit zu einer brennenden Frage gewordene Verbesserung einer größeren Sicherheit im Schifffahrtsbetriebe im engsten Zusammenhange mit der Frage einer Revision der durch die Entwicklung der Schifffahrt längst überholten Seemannsordnung von 1872 steht, die Reichsregierung aber, trotz wiederholter Versprechungen ihrerseits es bisher nicht der Mühe werth gehalten hat, die allseitig als nothwendig anerkannte Abänderung dieses veralteten Gesetzes zum zeitlichen Abschluß zu bringen, beschließt der Kongress, an die Regierung das Gesuchen zu richten, das Verfaßte nachzuholen und dem Reichstage noch während der gegenwärtigen Tagung eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten.“

„erner beschließt der Kongress: in Erwägung, daß von sämtlichen im Reichstage vertretenen Parteien einzig und allein die Vertreter der Sozialdemokratie durch ihr Eintreten für die Anerkennung der Realdemokratie und der Staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten, sowie für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der circa 41 000 auf der deutschen Handelsmarine thätigen Seeleute sich des vollsten Vertrauens derselben würdig erwiesen haben, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu ersuchen, sich auch ferner der Seeleute anzunehmen und die Lösung der beregten Frage während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln anzustreben.“

Soziales und Partei-Leben.

In der Bremer Cigarrenfabrik zu Heiligenstadt ist nach der „Nöln. Volksztg.“ ein Ausstand der Cigarrenarbeiter ausgebrochen.

Röln. Bei der Gewerbegeichtswahl der Arbeitnehmer siegten die Gewerkschaften mit großer Mehrheit über die Christlichsozialen trotz harter Gegenagitation.

Krefeld. Die Gesamtzahl der streikenden Weber beträgt bisher (Mittwoch) 800.

Braunschweig. Die Strafkammer des Landgerichts verurtheilte den Redakteur **Genossen Heymann** vom „Volksfreund“ wegen zweimaliger Beleidigung des Staatsministers von **Otto** zu fünf Monaten Gefängniß. Die Beleidigung erfolgte durch eine Rede in einer Versammlung und durch den Abdruck dieser Rede.

Unter den Textilarbeitern in **Ludewald** droht eine Lohnbewegung auszubrechen. Es wird deshalb vor Zuzug gewarnt.

Gera. Die Konferenz des Verbandes der thüringischer Textilarbeiter, welche dieser Tage hier stattfand, beschäftigte sich u. A. auch mit der Arbeitslosen-Unterstützung und nahm dazu nach langer Debatte eine Resolution an, den Zentralvorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes zu ersuchen, eine Statistik über die

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von **Ernst von Wolzogen**.

4. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Come along, shake hands!“ rief er recht unceremoniös, mit leichtgerungelter Stirn.

Und sie mußte wirklich ihre feine, weiße Hand in seine große, grobe legen und sie tüchtig schütteln lassen. Und dann sagte sie, gleichfalls ernst: „Ich bin nun freilich für diese Aufgabe gar nicht besonders geeignet, ich habe wenig Bekanntschaften; wir sehen auch Niemand bei uns, denn — wir sind arm!“

Es ging ihr so mühelos über die stolzen Lippen, das bittere Wort. Doch diesem erzoffenen Menschen gegenüber ward auch ihr die Offenheit natürlich.

In diesem Augenblick flog **Trudi** daher, ihre Bude achtlos im Stich lassend. Mit ausgelassener Hast, des Fremden nicht achtend, rebete sie auf die Schwester ein. „Ach **Asta**, ich muß dir gleich erzählen, ich bin zu glücklich! Hast du gesehen, der **Kronprinz**? — Nein?! — Denke dir, er hat bei mir Eis gegessen und mir zwanzig Mark gegeben, und wie er fort war, hab' ich natürlich gleich den Köffel ausgeleert.“ Sie klatschte, hell auflachend, in die Hände. „Die **Grete** **Kochwitz**, die kleine Dide mit dem gesunden Teint, kam wie ein Falke auf mich zugeflogen und riß mir beinahe den Eislöffel aus der Hand — aber da war die Arbeit schon gründlichst besorgt! Hat die sich aber gegifftet!“

Die **Exzellenz** **Mama** trat nun auch hinzu, am Arm des alten **Muz**, und während die andern herzlich lachten über den hübschen Tollkopf, die **Trudi**, verwies sie ihr milde lächelnd die Ausgelassenheit.

„Erlaube, **Mama**“, fiel **Asta** ein, als die kleine Strafpredigt zu Ende war. „Dafel **Muz** war so freundlich, mir diesen Herrn zuzuführen: Keine **Mama**, Herr von **Edardt** aus **Amerika**.“

„Herr von — **Edardt** — aus — **Amerika**!“ stotterte

die **Exzellenz**. Sie ward plötzlich sehr blaß und stützte sich schwer auf den Arm des Majors.

„Fassung, liebe Freundin, Fassung!“ flüsterte er ihr zu.

„Herr von **Edardt** — Sie sehen mich sehr erfreut...“

„Der Sohn eines alten Regimentskameraden von mir.“

Ich las neulich zufällig seinen Namen in der Freundensliste des Centralhotels. Aus **Buffallo** — fiel mir auf — erkundigte mich und — wahrhaftig, er war's. Der kleine **Rudolf** von **Edardt**, der als Quartaner nach **Amerika** ging.“

„Entschuldigen Sie mich einen Augenblick, es ist hier so heiß.“

„**Mama**, was ist dir? Du wirst ohnmächtig.“

„D nein, nein! Ihr dürft eure Posten nicht verlassen, Kinder! Es ist nichts! Der Major wird mich auf eine Minute auf den Korridor führen.“ —

Und noch auf dem Wege dahin fragte die Frau, blaß, zitternd, auf's höchste aufgeregt: „**Rudolf** von **Edardt**? Wirklich — unser **Edardt**?“

„Ja, unser **Edardt**! Ach, meine liebe **Exzellenz**, wie mich das freut, daß ich den Jungen endlich gefunden habe — nach fast zwanzig Jahren!“

„Weiß er denn? ...“

„Nichts weiß er — und er soll's auch erst erfahren, wenn **Asta** seine Frau ist.“

„**Asta** seine Frau? ... Was haben Sie nur für Ideen — ich ...“

„Die böse alte **Schuld** soll ihre Mitgift sein; dann haben Sie die Last von der Seele, und wir alle sind die dumme Geschichte los. Ach, wenn uns das Mädchen bloß den Gefallen thun wollte, sich recht unvernünftig in ihn zu verliehen, dann quittirt er Ihnen gewiß mit Freuden und tausend Dank obendrein! Aber, liebe **Exzellenz**, nichts merken lassen, sonst stehe ich für nichts — Sie kennen ja **Asta** auch!“

„Ich kann's garnicht fassen! Ich kann ihm garnicht in die Augen sehen! Mir ist, als müßte er mich mit einem Blick zu Boden werfen, dieser **Rudolf**! — **Asta** und er!

Sind Sie denn Ihrer Sache so sicher? Und woher denn?“,

„Das sage ich Ihnen alles später. **Asta** — **Amerikanerin**!“

„Er war wirklich die ganzen zwanzig Jahre drüben? Was ist er denn dort gewesen?“

„Schlossergeselle.“

„Schlossergeselle?!“

Drittes Kapitel.

Was ein harmloses Tischgespräch für seltsame Dinge zu Tage fördern kann, und was der Leutnant **Bodo** sonst noch auf dem Herzen hat.

Wierzehn Tage nach dem geschilderten Bazar im Rathshaus, es war an einem Sonntage, fand sich der Dragoner-Leutnant **Bodo** von **Berfen** bei seiner Frau Mutter zu Tische ein. Sie, sowie die beiden Schwestern bemerkten sofort, daß er nicht so frisch wie gewöhnlich aussehe. Er leugnete zwar entschieden, daß ihm etwas fehle und war, um dies zu bekräftigen, ganz ungewöhnlich lustig und gesprächig. Aber seine Heiterkeit hatte etwas Gezwungenes an sich und die nervöse Unruhe in allen seinen Bewegungen strafte seine Betheruerungen Lügen.

„Na, **Trudi**“, sagte **Bodo** zu seiner „kleinen“ Schwester. „Dir kann man ja zu Deinen Erfolgen als Büffetmamsell gratuliren! Die Herren Kameraden haben sich Dir zuliebe alle den Magen an Deinen Süßigkeiten verborden! Muß ja ein brillanter Rassensturz gewesen sein! Hast Du auch Alles richtig abgeliefert — nichts verloren?“ Er deutete auf sein Herz.

„D nein, Du“, versetzte **Trudi** und warf den hübschen Kopf in die Höhe. „Das verliere ich überhaupt nicht, das verchenke ich höchstens. Aber von Deinen Herren Kameraden kriegt es Keiner, daß Du's nur weißt! Die kommen sich Alle so unwiderstehlich und begehrenwerth vor, daß sie ein Herz nicht einmal geschenkt nehmen, wenn's nicht noch tüchtig was dazu giebt.“

„Ja, so seid Ihr nun, Ihr kleinen Weiber! Denkt!

Arbeitslosen aufzustellen und bei der nächsten Generalversammlung eine Erhöhung der Beiträge zum Ver- und sowie Einrichtung der obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung zu beantragen. Der Referent Dreifeld-Apolla betonte, daß das Vernünftigste, was geschaffen werden könne, die Unterstützung der Arbeitslosen sei. Es sei grundsätzlich, dies dem Staate als Aufgabe zuzuschreiben, da nur die Gewerkschaften das Richtige treffen könnten. Als Sitz des Agitationskomitees wurde wiederum Vera bestimmt.

Die heftigen Polizeidienere wollen in eine Bewegung eintreten. Neulich hielten die Polizeidienere des Kreises Darmstadt in Griekheim eine vorbereitende Versammlung ab; andere Kreise sollen nachfolgen. Es wurde Beschwerde geführt, daß die Polizeidienere in den ländlichen Gemeinden einen geringen Gehalt beziehen und daher auf Nebeneinkünfte angewiesen sind, die jedoch mit den durch die neueren Gesetze v. bedeutend angewachsenen Dienstleistungen nicht im Einklang stehen. Besonders darüber war man unzufrieden, daß Dienstverrichtungen für auswärtige Behörden und Gemeinden kostenfrei auszuführen sind. Vielleicht wird nächstens ein Manifest erlassen: Polizeidienere Pfennig, vereinigt Euch!

London. Nach einer Mitteilung des Schriftführers der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer hat diese alle während des letzten großen Ausstandes gemachten Schäden bezahlt und das neue Jahr mit einem Baarbestande von 200 000 £. begonnen. — Die Vereinigung der Kohlengruben-Arbeiter von Südwales, die sich bisher immer von der Verbindung mit englischen Arbeitervereinen ferngehalten hatte, beschloß, Angliederung an die englische Grubenarbeiter-Vereinigung nachzusuchen.

Bergarbeiterbewegung. Der Gewerksverein christlicher Bergleute hielt dieser Tage seine vierte Generalversammlung in Essen ab, in der auch zu der vom alten Bergarbeiterverbande geforderten zehnprozentigen Lohnerhöhung Stellung genommen wurde. Nachdem die Aussichten eines etwaigen Streiks als ungünstig bezeichnet worden waren, wurde folgende Erklärung beschlossen:

„Die Jahresversammlung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands beauftragt den Zentralvorstand, durch Eingabe an den Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Arbeitgeber zu bitten: 1. die Löhne der Bergarbeiter zu erhöhen, entsprechend der günstigen Lage des Kohlenmarktes und der notwendigen Kosten der Lebenshaltung; 2. Arbeiteranschläge auf den Werken einzustellen zwecks Meinungsaustausches zwischen Arbeitgebern und mehreren über Wünsche und Beschwerden der Arbeiter.“

Deffentliches Arbeitsnachweis in Bayern. Das bayerische Ministerium des Innern hat die Regierungsbehörden seines Ministeriums angewiesen, die Errichtung von kommunalen Arbeitsämtern an den hierzu geeigneten Orten und unter Hinweis auf die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung einer gut organisierten Arbeitsvermittlung nachdrücklichst anzuzeigen. Die Arbeitsvermittlung werde sich immer effizienter gestalten, wenn die Zahl der Arbeitsämter, insbesondere in den größten industriellen Städten wächst und zwischen diesen und den Centralen ein intensiver Verkehr sich herausbildet. Auf der letzten Konferenz der Vertreter der Gemeinden, deren Arbeitsämter als Centralen der Arbeitsvermittlung fungieren, ist, wie das Ministerium weiter mittheilt, festgesetzt worden, daß sich die nach den Ministerialentscheidungen vom 1. Mai v. J. organisierte Centralisierung des Arbeitsnachweises gut bewährt hat und daß zu einer grundsätzlichen Aenderung kein Anlaß besteht.

Wien. In einer Versammlung von Arbeitern, welche aus Fahrradwerken entlassen worden waren, wurde festgestellt, daß in der Wiener Fahrradindustrie in Folge von Überproduktion eine Krise ausgebrochen sei.

Zum Bau billiger Wohnungen für städtische Arbeiter

will die Stadt Dresden aus den Ueberschüssen der Sparkasse 100 000 Mk. verwenden, auch will sie invaliden und älteren städtischen Arbeitern in Rücksicht auf die erhöhten Lebensmittelpreise und Wohnungsmieteln einen dauernden Zuschuß zu dem Alters- und Invalidenrente zahlen.

Aus Nah und Fern.

Meine Chronik. Graf Hans Goltstein, der bereits früher Schulden halber seinen Abschied als Offizier nehmen mußte, ist in Berlin wegen Wechselfälligkeiten verhaftet worden. Dem „B. Z.“ zufolge gebürt Graf Goltstein zu dem Direktorialamt des sügig angeordneten Spielplatzes. — Der Reichsrath verfolgte Graf Friedrich von Hohenthal, der sich einer über ihn verhängten Gefängnisstrafe durch die Flucht entzog, nicht gern nach Deutschland zurückkehren, aber ohne seine wohnortliche Straße abzuschließen, wurde seinerzeit verurtheilt, weil er auf einer Schiffsfahrt, die er gemeinsam mit zwei zweifelhafte Dänen und einem Verdenhändler unternahm, einen Wahnwörter, der sich im Dienste des Reiches befand, gestohlen hatte. Von dort der Herr Graf durch seinen „Generalbevollmächtigten“ publizieren, er sei „nervös“ und daher laut ärztlichen Urtheils nicht im Stande, die mehrwöchentliche Gefängnisstrafe abzuschließen. Es sei daher auch die „Stellung des Reiches“ beantragt worden. Trotz aller Schwereigkeit seine Anerkennung. Aus Erfurt wird berichtet: Polizeidirektor Meißner, der sich wegen seines schroffen Vorgehens bei dem Straßenkrampf in der heiligen Bürgerstadt ein bleibendes Andenken gesichert, hat für den 1. April 1899 sein Abschiedsgesuch eingereicht. Dem Anlaß hierzu soll die Mißbilligung gegeben haben, die bei dem Beamten eingetreten, weil er bei Erhebung der Kommunalbeamtengehälter, die während stattgefunden, übergegangen wurde. Das Schicksal der Erfurt verurtheilt den 30 Jahre alten Landbesitzer Reichhold Hesse aus Gressen wegen Unterschlagung 160 Mk. ihm amtlich anvertrauter Gelder und damit verbundener Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis. Der Verurtheilte bezog 560 Mk. Jahresgehalt und 72 Mk. Wohnungsgeldzuschuß. Es ist um zu verhandeln, wenn bei solchen Vorfällen nicht noch mehr Verbrechen vorkommen. — In Ohmes (Hessen) wurde ein Mann von seinem eigenen Sohne, angeblich aus Unvorsichtigkeit erschossen. — Die Strafkammer in Karlsruhe verurtheilte den Maurermeister Pfeifer wegen fahrlässiger Tödtung und Körperverletzung zu 4 Monaten Gefängnis. Pfeifer hatte bei dem Bau einer Kellerdecke geringwertigen Cement und schlechten Sand verwendet, so daß die Decke einstürzte und einen Arbeiter tödtete. Bei einem andern Bau wurden mehrere Arbeiter erheblich durch ein herabstürzendes Mauerwerk verletzt, da das Gerüst nicht stark genug und obendrein unrichtig konstruirt war. Vier Monate Gefängnis, weil er muthwillig mit dem Leben von Arbeitern gehandelt hat Arbeiter, die einen Arbeitswilligen „auf die Füße traten“, kommen nicht so gelinde davon. — Bei Döbeln an der sächsischen Müße feierte ein Führerboot der Aufschiffmann Jürgens und der Bootführer Lorenz ein Trauergedenken. — In Kopenhagen ist unter Leitung des Hottentotkapitän Benn eine Expedition zur Entdeckung von Spurens Andree's geplant. Gebührend sind beinahe vollständig gerüstet, ein Schiff ebenfalls. Zudem geht über die Insel Faunabau, wo sich das österreichische Depot befindet, nach Scoresbyland, wo sich das dänische Depot von 1893 befindet, und dann weiter nordwärts der Ostküste Grönlands. Die ganze Reise wird auf fünf Monate berechnet. Wenn Andree's Expedition noch am Leben ist, so meinen alle arktische Sachverständige, daß Andree höchstwahrscheinlich sich nach dem Depot der Ostküste Grönlands gewandt habe.

Weihnachtsbeschränkung unter Polizeiaufsicht. Aus Danzig wird berichtet: Der hiesige polnische Verein „Schnose“ hatte in der Woche nach Weihnachten eine Weihnachtsbeschränkung für arme Kinder veranstaltet. Wie immer fand diese polnische Weihnachtsbeschränkung unter entsprechender polizeilicher Ueberwachung statt. Einige Kinder wollten keine Weihnachtslieder in polnischer Sprache bekommen. Der hiesige polnische Polizeikommissar Karpowicz, rüchlosigen Angebens, stellte nun das Verlangen, daß diejenigen Kinder, welche bekommen wollten, vorher bei ihm ihre Namen, die von den Kindern besuchte Schule und die Namen ihrer Eltern nennen sollten. Darauf sah der Vorstand des Vereins von den Deklamationen ab, und der preussische Staat war wieder gerettet.

Ueber eine Verhaftung Aufständiger in Berlin hielt die „Königsb. Volksstimme“ folgende Mittheilung: „Bei der Firma Hermanns Koch u. Co. in Königsberg waren ein junger Mann und eine junge Dame

früher beschäftigt, denen es kurz vor dem Weihnachtsfest recht schlecht erging. Die junge Dame, eine Königsbergerin, war im Königschen Geschäft seit der Eröffnung bis zum 1. Mai v. J., der junge Mann vom Februar bis September v. J. thätig. Seit einigen Monaten sind beide in Berlin in Stellung. Am 24. Dezbr. wurden beide in Berlin von Kriminalschutzleuten in den Geschäften, wo sie thätig sind, verhaftet. Auf's Höchste erschreckt, da sie sich keiner Schuld bewußt waren, folgten sie den Beamten. Von dem Kriminalkommissar, dem sie auf dem Polizeipräsidium vorgeführt wurden, erfuhren sie, daß Herr Koch sie der Unterschlagung von 7000 Mark beschuldigt habe, die sie am 6. September v. J. verübt haben sollten. Der junge Mann sollte eine Untauglichkeit besitzen, das Fräulein das Geld abgehoben haben. Als der Kriminalkommissar die angeblich von dem jungen Mann gefällte Quittung vorlegte, bemerkte der Verhaftete sofort, daß die Unterschrift von dem Bruder des Herrn Koch, einem Herrn Sally Koch herrühre, der eine Zeit lang im Königschen Geschäft thätig war. Da die Handschrift nicht weßlich war, erschien es im höchsten Grade wunderbar, daß der Inhaber des Königschen Geschäfts nicht sah, von wem die Unterschrift war; es wäre doch sonderbar, wenn er die Unterschrift seines Bruders nicht kennen würde. Freilich konnte der Kommissar die Verhafteten nicht freilassen; er ihnen erklärte, er zweifle nicht daran, daß sie unschuldig seien. In der Demüthigung der Verhaftung und des Transportes nach dem Polizeipräsidium mußten die jungen Leute sich um die noch schlimmere gefallen lassen, vor alle Untersuchungsgefängnissen aufgesetzt sind. Sie wurden entkleidet, untersucht und dann in Gesellschaft von vier Verbrechern und Dienon mittelst grünen Wagens nach Potsdam gebracht. Die junge Dame kam im Gefängnis halb bewußtlos an. Noch am selben Tage, Abends 8 Uhr, wurden beide wieder in Freiheit gesetzt. Vor dem Thor des Gefängnisses brach das junge Mädchen bewußtlos zusammen. Im Wagen ruhte es ihren Angehörigen geschützt werden. Noch jetzt liegt es laud darnieder. Die Verhafteten beabsichtigen, gegen Herrn Hermann Koch wegen wissentlich falscher Anschuldigung bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag zu stellen.

Wandernde Häuser. Im Rücken ganzer Häuser von einem Ort zum andern hat man in Amerika, wo diese Ingenieurkunst entstanden, geradezu erstaunliche Fortschritte gemacht. An der Wallis Avenue zu New York wurde kürzlich ein Komplex von vier fünfstöckigen massiven Backstein-Wohnhäusern gleichzeitig um 115 Fuß weitergerückt, und dieses Wagniß gelang so vorzüglich, daß die Gebäude jetzt bereits bewohnbar sind. Die genannten Häuser sollten im Frühjahr abgerissen werden; weil die Wallis Avenue erweitert werden sollte. Ein Konstruktor übernahm es jedoch, die Häuser fortzuleiten. Das Fundament wurde erst unter den Häusern entfernt und an Stelle desselben 375 Winder geleht, mittels deren die Häuser um 5 Fuß gehoben wurden. Dann wurde unter denselben ein Rost aus Balken hergestellt, sowie eine Gleitbahn aus starken Balken, die mit 30 Rillen harter und 12 Barrells Schmierseife schlipfrig gemacht wurde. Ohne viel Mühe wurden sodann die Häuser mit Anwendung eines zweispännigen Gypswerks und einer Spindel zuerst 40 Fuß in östlicher und dann 75 Fuß in südlicher Richtung gerückt und dann auf das bereits fertiggestellte neue Fundament herabgewunden. Die Häuser haben dabei nicht den geringsten Riß erlitten. Die Kosten dieses eigenartigen Umwagens betragen 10 000 Doll. Diese Leistung bildet ein würdiges Gegenstück zu dem Rücken des Brighton Beach Hotels, das, vom Vater Ocean bedroht, ebenfalls auf einen Rost gesetzt und mittels einer Lokomotive 500 Fuß landeinwärts gezogen wurde.

Du, daß wir nicht selber lieber Jeder seinen Herzensschmerz heirathen möchten, als so einen dünnen Einer mit möglichst vielen Mullen d'ran?“

„Na, für eine recht große Null ist wenigstens immer geforgt, wenn Einer von Deiner Sorte heirathet!“ rief Trudi spitzig.

„Poptanzen!“ fuhr der Bruder ärgerlich auf. „Du bemühest Dich wohl jetzt, ebenso unausstehlich zu werden, wie früher Aita war?“

„Aber liebe Kinder,“ mahnte die Excellenz von ihrem Fensterplatz aus. „Müßt Ihr Euch denn immer gleich zanken, wenn Ihr nur fünf Minuten zusammen seid?“

„Ja, sage doch selbst, Mama,“ sagte der Leutnant. „Die Trudel war doch früher das feinste kleine Kommissmadel, das man sich denken konnte, und jetzt...“

„Ja, früher!“ lachte die Blonde und machte sich mit dem Decken des Tisches zu thun. „Früher kannte ich auch noch keine Menschen, sondern nur Uniformen.“

„Haha! Und wo hast Du denn jetzt auf einmal die wahren Menschen gefunden? Hier in dieser schönen Stromstraße vielleicht? Deinen Doktor Diedrichsen meinst Du wohl, den Demokraten?“

„Doktor Diedrichsen ist gar kein Demokrat!“

„Ach was! Doktoren sind Alle Demokraten, Atheisten und dergleichen — die Naturforscher ganz besonders, die glauben an gar nichts!“

„Bist Du etwa so ein frommer Mann, Bodo?“

„Fromm? — Ein anständiger Mensch muß doch was glauben!“

„Ja, Du glaubst, daß Dir Dein blauer Ueberrock famos steht — und daß Du der Schneidigste und Stibollste aller Leutnants seist!“

Der Bruder hörte nicht auf ihre Bosheit: „Dieser Diedrichsen ist also der wahre Mensch! Seine Spezialität sind ja wohl Würmer? Hui!“

„So, wirklich!“ rief Trudi sehr aufgebracht. „Er beschäftigt sich mit höchst anständigen Säugethieren, daß Du's nur weißt Du — Du... ach mit Dir rede ich gar nicht!“ Und damit lief sie aus dem Zimmer.

Bodo lachte ihr nach, als ob sein Witz sie besiegt hätte, und wandte sich dann an Aita, die mit einer Handarbeit ihrer Mutter still gegenüber saß.

„Da hat mir Dein Amerikaner wahrhaftig noch besser gefallen, wie dieser Bohengrümliche Hausgelehrte.“

„Mein Amerikaner?“ fragte die schöne Aelteste, und schüttelte lächelnd den Kopf.

„Nu ja — er war doch kaum von Dir fortzubringen! Mein, was unser alter Mutz bloß alles für fabelhafte Bekannte ansgabelt! Ich schleifte ihn nachher noch mit Mühe und Noth zu einigen der Hauptmädchen. Denke Dir, alle die nobelsten Komtessen und Baronessen siezte er ganz gemüthlich an! Gnädiges Fräulein! Klingt ihm wahrscheinlich zu unrepublikanisch! Und wenn er wieder fortging, wollte er ihnen immer die Hand schütteln. Es war wirklich enorm scherzhaft!“

„Ich habe allen Grund, diesen Herrn ganz ungewöhnlich zu schätzen,“ lachte Aita. „Er war der erste und einzige, der mich nicht fragte, ob ich die Sembrich schon gehört hätte — das werde ich ihm nie vergessen!“

„Was mir unser lieber Major von Herrn von Eckardt erzählte, hat mich auch für ihn eingenommen“, mischte sich die Excellenz in's Gespräch. „Er ist als vierzehnjähriger Knabe auf eigenen Antrieb nach Amerika gegangen, nachdem sein Vater, ein Regimentskamerad eures Vaters übrigens, durch unglückliche Umstände sein Vermögen verloren hatte und daher nicht im Stande war, den einzigen Sohn für einen höheren Beruf vorzubilden zu lassen. Er trat drüben bei einem Schlosser in die Lehre und brachte es durch seine große Geschicklichkeit, unablässigen Fleiß und Sparsamkeit dahin, daß er nun selbstständig, technischer Leiter einer großen Maschinenwerkstatt ist.“

„Der reine Musterknabe!“ gähnte Bodo. „Die Schwierigen

Hände hat er nun freilich zum ewigen Andenken behalten; aber sonst steckt doch noch — weiß der Teufel wo! — ein bißchen was Ritterliches in dem Menschen. Den müßt' ich als Einjährigen bei meiner Schwadron haben; ich glaube, aus dem formlosen Republikaner wäre da noch ein ganz leidlicher patenter Kerl herauszuputzen gewesen. So weit hat ihn ja schon der Major gebracht, daß er sich seinen plebejischen Schlossertragen abgeknippen hat und sich einen ganz netten Schmirrbart angewöhnt. Ich habe übrigens schauderhaften Hunger, Mama — essen wir nicht bald?“

Trotz seines „schauderhaften“ Hungers ab aber der junge Leuten nachher bei Tisch auffallend wenig.

„Hast Du enge Stiefeln, Bodo?“ fragte Trudi über dem Braten.

„Wie? Willst Du wieder mit mir anbinden, Du kleiner Kampfbahn?“

„Ich meine nur — weil Du so ein gekniffenes Gesicht machst, als ob Dich der Schuh gewaltig drückte.“

„D ahnungsvoller Engel, Du!“ dachte der Bruder Leutnant und bemühte sich, durch Lachen und Spotten die bösen Schwestern hörten nicht auf, ihn zu necken. Aita, die seit jenem Bazar, zu dem sie so widerwillig gegangen war, in auffallend sanfter, heiterer Laune sich befand — Aita betheiligte sich nun auch an dem grausamen Spiel.

„Du bist gewiß wieder verliebt, armer Bodo — ich sehe Dir's an. Denke Dir, ich weiß auch in wen!“

„So? Da bin ich doch begierig...“

„Bianka heißt sie mit Vornamen — siehst Du, wie Du roth wirst!“

„Wer hat Dir denn das gesagt? Was für eine Bianka?“

„Ach, leugne doch nicht. Aus Abscheu vor der Operette schickst Du doch gewiß nicht die vielen Bouquets an Fräulein Brigori?“

(Fortsetzung folgt.)